

Die Globalisierung wird teurer

Die Wirtschaft krisenfest zu machen, kostet. Für Anleger muss das nicht schlecht sein.



**KARSTEN
TRIPP**

Seit drei oder vier Jahren reißen die schlechten Nachrichten nicht mehr ab: Handelskriege und Zölle, Pandemien und Kriege bedrohen unsere empfindlichen Lieferketten. Waren sind nicht verfügbar; das treibt die Preise. Manche Hersteller geraten durch Teilemangel in Schwierigkeiten, mit Auswirkungen auch auf die Belegschaften. Eine verbreitete Schlussfolgerung lautet, man habe es eben mit der Globalisierung übertrieben. Unternehmen sollen also benötigte Komponenten wieder selbst herstellen, zumindest aber Aufträge an Zulieferer im eigenen Land erteilen. Und wenn eine Produktion im Inland nicht möglich ist, dann müsse man wenigstens auf eine gewisse Anzahl unterschiedlicher Bezugsquellen zurückgreifen. Außerdem brauche man einfach größere Vorräte.

Diese Lösungen sind so offensichtlich, dass man sich die Frage stellt, warum Politik und Unternehmen auf diese Weise nicht schon früher für mehr Stabilität gesorgt haben. Die Antwort ist – leider – recht einfach: Jede einzelne Maßnahme kostet Geld. Nichts ist so effizient wie freier Warenaustausch zwischen friedlich zusammenlebenden Partnern. Wenn aber die Effizienz leidet, dann sinkt mit ihr auch der Wohlstand. Entweder steigen die Preise, oder Unternehmen verzichten auf Gewinn. So oder so leidet die Wirtschaft, denn Mehrausgaben für einzelne Produkte bedeuten automatisch weniger Nachfrage für alle anderen.

Die Zeit der großen Globalisierungsgewinne scheint damit vorüber. Aktionäre müssen ihre Renditeansprüche reduzieren. Gleichzeitig werden viele Geschäftsmodelle robuster werden. Anleger wird all das kaum überraschen – sie wissen, dass ein Zugewinn an Sicherheit stets mit Einbußen bei der Verzinsung einhergeht.

Für Aktien sind das nicht unbedingt schlechte Nachrichten. Erstens sind Dienstleistungen von der Gastronomie bis zu Software und Unterhaltung kaum betroffen. Und zweitens lässt ein verringertes Risiko durchaus eine höhere Aktienquote zu. Denn Anleihen dürften noch auf Jahre keine attraktive Alternative darstellen.

Unser Autor leitet die Vermögensabteilung von HSBC Deutschland in Düsseldorf. Er wechselt sich hier mit den beiden Wirtschaftsprofessoren Ulrike Neyer und Justus Haucap ab.